



25. ORDENTLICHER GdP-BUNDESKONGRESS IN BERLIN

Oliver Malchow als GdP-Bundesvorsitzender bestätigt

Berlin/tgr – Beim 25. Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin haben die Delegierten bei der Wahl des Bundesvorsitzenden eine gute Entscheidung getroffen. So wurde Oliver Malchow, nachdem er seit eineinhalb Jahren als Nachfolger von Bernhard Witthaut, der zum Polizeipräsidenten von Osnabrück berufen worden war, den Vorsitz kommissarisch innehatte, nun auch vom höchsten Gremium der GdP an der Spitze der mit rund 174 000 Mitgliedern weltweit stärksten Berufsvertretung der Polizei bestätigt.

Damit hat der angesehene 51-Jährige definitiv GdP-Geschichte geschrieben, denn mit ihm wurde erstmals ein Schleswig-Holsteiner für vier Jahre zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Mit Oliver Malchow wurden weitere acht Vorstandsmitglieder gewählt (siehe Berichterstattung im Bundesteil dieser Ausgabe). Zu den ersten Gratulanten Oliver Malchows gehörten die schleswig-holsteinischen Delegierten mit dem Landesvorsitzenden Manfred Börner und Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr (s. Fotos rechts). „Wir sind stolz, dass die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands Oliver das Vertrauen ausgesprochen haben. Mit ihm wurde eine der herausragenden Persönlichkeiten der Landespolizei zum GdP-Bundesvorsitzenden gewählt“, so Börner und Rehr.

Und Oliver Malchow weiß um die Herausforderung, die auf ihn zukomme. „GdP-Bundesvorsitzender zu sein ist eine ehrenvolle und sehr reizvolle Aufgabe. Die GdP genießt überall hohes Ansehen“, so Malchow in einem Pressegespräch.

Weitere Eindrücke vom Bundeskongress folgen in der nächsten Ausgabe des DP-Landesjournals.



Die schleswig-holsteinische Delegation mit dem gewählten Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.



Sein 59. Geburtstag wird Uwe Weßler bestimmt in Erinnerung bleiben. Während des Kongresses erhielt er die Glückwünsche des Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.



Frank Lassen (r.), im Gespräch mit Karl-Hermann Rehr, war als Vorsitzender des Landeskontrollausschusses beim GdP-Bundeskongress.

Fotos (3): Thomas Gründemann




Im Namen des Landesvorstandes, der Geschäftsstelle und der Redaktion wünschen wir allen Mitgliedern, ihren Familienangehörigen sowie Freunden und Geschäftspartnern der GdP eine ruhige Adventszeit, schöne Weihnachten und einen besinnlichen Jahresabschluss!

Manfred Börner
Landesvorsitzender

Karl-Hermann Rehr
Landesgeschäftsführer

Thomas Gründemann
Redakteur





Sollten Urteilsgründe abwarten

Leipzig/Kiel – Die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichtes zu einer Verhandlung in Sachen Altersdiskriminierung ließ sich für die in Schleswig-Holstein anhängigen Fälle schwer deuten. Die Begründung zu den in Leipzig verhandelten Klagen liegt zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht vor. Trotzdem verlangen Mitglieder Aufklärung über den Sachstand nach dieser als maßgeblich eingestuften Leipziger Entscheidung. GdP-Vertragsanwalt Jan Gülden-zopf, der die Klagen begleitet, war in Leipzig vor Ort und verfolgte die Verhandlung. Mit ihm führten wir das folgende Interview.

Am 30. Oktober 2014 hatte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) die

ausfüllende **Rechtspre- chung des Euro- päischen Gerichtshofes (EuGH) zur Verhandlung. Du warst in Leipzig vor Ort. Nachdem der EuGH bereits die Altersdiskrimi- nierung erkannt hat, wurde nun was genau in Leipzig für wen verhandelt?**

Die mündliche Verhandlung vor dem BVerwG am Donnerstag, 30. Oktober 2014, betraf Fälle verschiedener Kläger aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und einiger Bundesbeamter sowie Soldaten.

Den dort verhandelten Fällen lag jeweils ein etwas anderer Sachverhalt zugrunde, als unseren Klagen vor dem Verwaltungsgericht Schleswig. Die beklagten Länder und der Bund hatten allesamt bereits vor der Hennings/Mai-Entscheidung des EuGH aus dem September 2011 die Besoldung auf Erfahrungsstufen umgestellt, sodass nach Meinung des EuGH ein qualifizierter Verstoß gegen die Altersdiskriminierungsrichtlinie nicht vorliegen würde und somit ein unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch ausscheidet.

Dies ist bei den Verfahren gegen das Land Schleswig-Holstein anders, da hier erst zum 1. März 2012 die Besoldung von Besoldungsdienstalter auf Erfahrungsstufen umgestellt wurde.

In Schleswig-Holstein haben wir allein mit GdP-Rechtsschutz fast 600 Klagen beim Verwaltungsgericht in Schleswig anhängig. Dazu kommen etliche Widerspruchsverfahren, die noch nicht klagereif sind. Was können wir den Klägern und Widerspruchsführern nach der Leipziger Entscheidung raten oder mitteilen?

Momentan rate ich dazu, zunächst die schriftlichen Urteilsgründe des BVerwG zu den dort verhandelten Fragen abzuwarten. Diese werde ich sodann sorgfältig auswerten. Es ist durchaus denkbar, dass das BVerwG zu einigen Fragen, die in den Verfahren hier im Land zentral sind, nichts weiter ausführt, weil sie in den dort verhandelten Fällen nicht entscheidungserheblich waren. In erster Linie wird sich Leipzig dazu äußern müssen, wann die



Jan Gülden-zopf

Foto: Gründemann

jeweiligen Kläger in den verschiedenen Konstellationen die Ausschlussfrist des § 15 Abs. 4 AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) hätten wahren müssen, um ggf. Ansprüche aus § 15 AGG auf Entschädigung zu sichern. Ob diese Frage auch bei den Verfahren gegen das Land Schleswig-Holstein eine Rolle spielt, lässt sich ohne Kenntnis der Entscheidungsbeurteilung nicht beantworten.

Das neue Landesbesoldungsgesetz Schleswig-Holstein ist am 1. März 2012 in Kraft getreten. Bundesweit gesehen war das recht spät. Zuvor wurden die Beamtinnen und Beamten nach „Dienstaltersstufen“ bezahlt. Wie ist deine Einschätzung nach der EuGH-Rechtsprechung und nun auch dem Bundesverwaltungsgericht: Wird eine Entschädigung durch den Dienstherrn gezahlt werden müssen?

Schon die 2011 vor dem EuGH verhandelte Klage in Sachen Hennings/Mai aus September 2011 zeigt, dass ein Dienstherr nicht einfach weiter nach den alten Maßstäben besolden darf. Der EuGH hat in dem erwähnten Fall einen qualifizierten Verstoß gesehen. Schleswig-Holstein hat mit dem Inkrafttreten zum 1. März 2012 in der Tat auch einen sehr späten Zeitpunkt erwirkt. Ein unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch setzt eben einen solchen qualifizierten Verstoß voraus. Es kann durchaus sein, dass das Land Schleswig-Holstein aus diesem Gesichtspunkt den Klägern weiteres Geld nachzahlen muss.

Indes sei noch einmal betont, dass Leipzig dies nicht zu entscheiden hatte. Das hiesige Finanzverwaltungsamt wird sich insofern anhand der zu erwartenden schriftlichen Urteilsgründe aus Leipzig zu den geltend gemachten Ansprüchen äußern müssen. Ein weiteres schlichtes Ablehnen der Ansprüche wird man in Anbetracht der Tatsache, dass die Besoldung nach Dienstaltersstufen rechtswidrig war, nicht ernsthaft aufrechterhalten können.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der

Ausgabe 12/2014:

Donnerstag, 6. November 2014



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

TAUSCHGESUCH

PK'in aus Bremen sucht ab sofort adäquate/n Tauschpartner/-in, um zur Landespolizei Schleswig-Holstein zu wechseln. Gerne auch Ringtausch! Vertretungsgesuch ist gestellt. Ich möchte zurück in die Heimat, dort warten mein Mann und meine Familie auf mich! Kontakt über: J.Jungfleisch@gmx.net



CDU mit Konzept für mehr Sicherheit

Strategiepapier mit 15-Punkte-Programm/von Thomas Gründemann

Kiel/tgr – Während die rot-grün-blaue Landesregierung das Thema Innere Sicherheit bislang stiefmütterlich behandelt hat, ist die Landes-CDU offenbar entschlossen, diese Schwachstelle von Ministerpräsident Torsten Albig und Co. zu nutzen. So unterstützten die Christdemokraten auf dem Landesparteitag Mitte November einmütig ein vom CDU-Landesfachausschuss Innen und Recht vorbereitetes Strategiepapier zur Innenpolitik. Formuliertes Ziel des 15-Punkte-Programms ist es, die Sicherheit in Schleswig-Holstein nachhaltig zu verbessern. „Wir brauchen neue Strukturen in der Innenpolitik und müssen dafür neue Wege gehen“, sagt Sylvio Arnoldi, Vorsitzender des Fachausschusses. Und Arnoldi weiß, wovon er spricht. Der 51-Jährige, der seit eineinhalb Jahren an der Spitze des CDU-Ausschusses steht, kann auf eine jahrzehntelange Dienstzeit bei der Landespolizei zurückblicken, war viele Jahre Vorsitzender des Hauptpersonalrates und zweieinhalb Jahre Persönlicher Referent des ehemaligen Innenministers Klaus Schlie. „Alltagskriminalität dürfe nicht länger bagatellisiert, die Polizei müsse bürgernäher und besser ausgestattet werden. Bei unpopulären Themen wie Videoüberwachung und Speicherfristen für Internetdaten strebt die Union einen Kurswechsel an. Wohl wissend, dass dies ein schmaler Grat sei und viel Aufklärungsarbeit bedeute, votierten die schleswig-holsteinischen Christdemokraten für eine Speicherung von Internetdaten. „Wir leben in Zeiten, in denen die Menschen vor Kriminellen im Internet genauso viel Angst haben wie vor Überwachung durch staatliche Instanzen“, meint Sylvio Arnoldi. Hier müsse für Transparenz gesorgt werden. Wenn es die Gesellschaft ablehne, dass Verbindungsdaten über bestimmte Zeiträume gespeichert würden, müsse auch klar herausgestellt werden, dass bestimmte Delikte wie Internetbetrug folglich kaum noch zu verfolgen seien. Sicherheit sei eine der elementaren Aufgaben des Staates, unabhängig vom Schuldenstand. „Auf diese Priorität müssen wir uns besinnen“, forderte der LFA-Vorsitzende. Priorität habe für die CDU die Stärkung der Polizei. „Die Zentralisierung und die systematische Schließung von kleinen und zunehmend

mittleren Stationen lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab“, konstatierte Arnoldi. Eine „Anrufpolizei“ sei nicht zu akzeptieren. Alleine seit 2012 habe die rot-grün-blaue Landesregierung 42 Dienststellen geschlossen. „Der nun geplante Abbau von 122 Stellen würde diese Entwicklung sogar noch verstärken“, so die Bedenken des CDU-Politikers. Dabei ruft Arnoldi in Erinnerung, dass Schleswig-Holstein derzeit bundesweit eine der schlechtesten Polizeidichten aufweise. Dem wolle die CDU entgegenwirken, dagegen die Präsenz vielmehr erhöhen. Unter anderem sollten dazu mit Kreisen, Städten und Gemeinden neue Sicherheitsbündnisse entwickelt werden. „Zudem streben wir zukünftig eine gemeinsame Unterbringung von kommunalen Behörden und der Polizei an“, so der Innenpolitiker. Durch den Auf- und Ausbau eines Frühwarnsystems soll bei Kindern und Jugendlichen ein Abgleiten in Kriminalität und Extremismus verhindert werden. In seinem Positionspapier unterstreicht der Unionsausschuss sein Votum für eine Videoüberwachung öffentlicher Plätze. „Die Menschen brauchen ein klares und ehrliches Bild, welche Brennpunkte es bei ihnen vor Ort gibt“, begründet Arnoldi die Absicht, regelmäßig öffentliche Veranstaltungen zu regionalen Sicherheitsthemen zu geben.

Wichtig sei es vor allem auch, Fälle von Alltagskriminalität ebenso professionell und entschlossen zu verfolgen wie Fälle schwerer Kriminalität. Die Interessen der Opfer von Gewalt dürften nicht vergessen werden. Sie hätten einen Anspruch auf Schutz vor extremen Gewalttätern. „Es darf sich keine Gesellschaft entwickeln, in der sich eine zunehmende Angst ausbreitet, zu jeder Zeit und an jedem Ort von jungen Gewalttätern angegriffen werden zu können“, sagt Arnoldi. Opfer von Straftaten sollten nach dem Willen des CDU-Fachausschusses intensiver betreut werden. Und auch dem erhöhten Schutz der Polizisten im Funkstreifen- und Einsatzdienst widmet sich das Strategiepapier, in dem sich die CDU für den Einsatz sogenannter BodyCams ausspricht.

Umfassend widmet sich das Grundsatzzpapier der Bekämpfung der Jugendkriminalität. „Wir müssen mit ver-

einten Kräften durch ein Frühwarnsystem – orientiert an den jeweiligen Entwicklungsstufen der Kinder und Jugendlichen – das Abgleiten von jungen Menschen in Kriminalität oder Extremismus verhindern“, so der Polizeibeamte und CDU-Politiker. Obwohl die Zahlen im Bereich der Jugendkriminalität rückläufig seien, gebe es bei genauer Betrachtung der Statistiken keinen Grund zur Freude. Das Gegenteil sei der Fall. „Seit Jahren werden bis zu zwei Drittel aller Raub- und Gewalttaten von Verdächtigen unter 21 Jahren begangen“, gibt der Innenexperte zu bedenken. Es sei vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, dieser Entwicklung „entschlossen“ entgegenzutreten. Gefordert seien neben Polizei und Justiz auch Schulen und Jugendhilfe, Hilfe- und Helferorganisationen. Und Arnoldi hebt hervor: „Wichtig ist es, Modelle für diese jungen Menschen ohne Werteordnung zu entwickeln. Damit auch sie die Chancen bekommen, die sie verdienen“. Experten stellten bei der Entstehung krimineller Lebensläufe junger Intensivtäter oft eine „Anhäufung von Risikofaktoren“ wie schlechtem Einfluss durch Freunde, Krisen, häuslicher Gewalt oder mangelndem Selbstwertgefühl fest. „Hier muss angesetzt werden. Und in letzter Konsequenz ist auch auf eine Unterbringung in sozialtherapeutischen Einrichtungen zu überlegen. Notfalls auch gegen den Willen von Betroffenen. „Hier geht es keinesfalls um Wegschließen, sondern um gezielte Hilfestellung“, betont er.

„Wir wollen nicht nur dann über innere Sicherheit diskutieren, wenn es akute Fälle gibt, sondern wollen einen umfassenden und sachlichen Dialog führen“, sagt Sylvio Arnoldi, Vorsitzender des Landesfachausschusses Innen und Recht der Nord-CDU.

Nachdem die Delegierten des Landesparteitages das Papier des Ausschusses einstimmig gebilligt haben, steht jetzt die Diskussion der 15 Programmpunkte in den Ortsverbänden, mit Bürgern und Interessenvertretern und ein Sicherheitsdialog mit der GdP an. Reflexartig reagierten die Regierungsfractionen mit Pauschalkritik auf das Strategiepapier der CDU, um es dann anschließend sofort im Innenministerium prüfen zu lassen.



GdP im Gespräch mit Simone Lange (SPD)

Kiel/ik – Zu einem Gespräch mit der SPD-Landtagsabgeordneten Simone Lange kamen die Landesfrauengruppenvorsitzende Imke Kalus und der Stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kropius im Landeshaus zusammen. Simone Lange ist seit der letzten Landtagswahl Abgeordnete für die SPD-Fraktion, war zuvor Kripobeamtin in Flensburg und ist langjähriges GdP-Mitglied. Natürlich wurde über die aktuellen Themen der Landespolizei wie Stellenabbau, Belastung, Erschwerniszulage und Strukturkonzept gesprochen. Des Weiteren ging es im Speziellen um Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten. Einstieg war die Beschlusslage der GdP zum Mitbestimmungsgesetz und zur Wahlordnung, die die bestehende geschlechterbezogene Listenaufstellung verändern will. Schon mit Einführung des neuen schleswig-holsteinischen Mitbestimmungsgesetzes im Jahr 1991 hatte der damalige Landesbezirksvorsitzende Ingo Wiedemann die bestehende Regelung mit folgenden

Worten „Die Landesregierung hat zwar ein hervorragendes Mitbestimmungsgesetz vorgelegt, die Wahlordnung lässt aber stark zu wünschen übrig. Hier muss nachgearbeitet werden“ kritisiert. Die GdP-Vertreter sprachen sich auch für ein Wahlrecht während der Elternzeit aus. Thematisiert wurde die derzeitige Bestellungspraxis nach dem Gleichstellungsgesetz, einige Bundesländer sind zu einem demokratischen Wahlverfahren übergegangen. Weitere

Themen waren Beförderungen in der Elternzeit, Besetzung von Gremien gemäß § 15 Gleichstellungsgesetz SH und Stellenbesetzungsverfahren im Blickfeld eines Rechtsgutachtens von Professor Dr. Papier (kann auf der GdP-Geschäftsstelle abgerufen werden). Im Ergebnis wurde vereinbart, diese Thematiken zu vertiefen. Darüber hinaus wird die Frauengruppe das Gespräch auch mit den frauenpolitischen Sprecher/-innen der anderen Fraktionen suchen.



Imke Kalus (l.) und Andreas Kropius diskutierten mit Simone Lange.

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

„Polizei fehlen Stellen für Flüchtlinge“

GdP-Brandbrief an Abgeordnete sorgt für Wirbel

Neumünster – Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) schlägt Alarm: Die Erweiterung der Zentralen Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber am Haart werde Einschnitte in anderen Bereichen der Polizeiarbeit nach sich ziehen, stellte Torsten Jäger, Vorsitzender der GdP-Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte, in einem Brandbrief an die Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtages fest. „Eigentlich sind dort schon heute sieben Planstellen vorgesehen. Es sind aber nur fünf Beamte vor Ort. Und die besetzen keine Planstellen, sondern werden aus anderen Bereichen der Polizeidirektion abgezogen“, erklärt der GdP-Regionalvorsitzende. Eine Verschärfung der Situation sei durch die Einrichtung einer neuen Außenstelle in Boostedt eingetreten. Dort seien vier Beamte zwar eingeplant, aber wo sie herkämen, sei indes noch unklar. „In Neumünster wird – wie in anderen Dienststellen der Landespolizei

auch – nur noch der Mangel verwaltet“, moniert Jäger. Die Nacht- und Überstunden bei den rund 680 Beamten und Angestellten der Schutz- und Kriminalpolizei sowie in der Verwaltung an der Alemannenstraße seien dramatisch hoch. Aber damit nicht genug: In seinem Brief weist Torsten Jäger zudem darauf hin, dass auch bei der geplanten zusätzlichen Autobahnstrecke auf der A7 während des sechsspurigen Ausbaus personelle Probleme entstünden. „Erfahrungen aus anderen Bundesländern lassen ein erhöhtes Unfallrisiko und mehr Staus erwarten. Eine zusätzliche Streife ist nachvollziehbar“, unterstreicht der Gewerkschafter. „Allerdings sind für einen Einsatz rund um die Uhr zwölf Beamte nötig; Personal, das es nicht gibt“, beklagt Torsten Jäger. Für Ärger und Wut Sorge zudem eine geplante Urlaubssperre in den Osterferien kommenden Jahres. Begründet werde sie mit dem Einsatz beim Treffen der Au-

ßenminister der sieben wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 7) in Lübeck. Jäger übt sich in Sarkasmus: „Mit einer ganzjährigen Urlaubssperre könnten wir viele Personalsorgen lösen!“ Und auch der Leiter der Polizeidirektion Neumünster, Bernd Lohse, weiß um die Schwierigkeiten. „Die Verhandlungen mit dem Landespolizeiamt über mehr Personal für die Gemeinschaftsunterkunft laufen“, sagt er dem Holsteiner Courier. Genauso hoffe er auch für die A7-Strecke auf zusätzliche Kräfte. Andernfalls müssten die Schwerpunkte bei der Arbeit vor Ort anders gesetzt werden. Und dies, ohne dass die Polizei ihre Kernaufgaben vernachlässige, so der Leitende Polizeidirektor. Die GdP fordert in ihrem Brief an die Parlamentarier, sich gegen einen beabsichtigten Personalabbau in der Landespolizei starkzumachen. „Das ist ein politischer Fehler, den nicht nur die Polizisten, sondern auch alle Bürger teuer ausbaden“, so Torsten Jäger wörtlich.



SENIORENSEMINAR**Gesundheitswesen und Pflege standen im Mittelpunkt**

Bad Malente – Vom 29. September bis 1. Oktober 2014 fand das diesjährige GdP-Seniorenseminar abermals in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Wie immer gab es ein breit gefächertes Themenangebot. Der Landesseniorenvorsitzende Frank Poster begrüßte fast 40 Teilnehmer zu dem eigentlich einzigen Bildungsangebot für Senioren der GdP in Schleswig-Holstein. Daher war von den Teilnehmer/-innen geäußerte Wunsch zu weiteren Bildungsangeboten zu verständlich. Wie heißt es so schön auch in den Gewerkschaften? „Lebenslanges Lernen ...“ Dass Bildungsangebote ein wichtiges Element der Mitgliederbetreuung sind, ja auch zur Mitgliederbindung gehören, versteht sich von selbst. Der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner begrüßte am ersten Seminartag seine Senioren und plauderte ein wenig aus dem Nähkästchen. Für ihn war die Teilnahme wirklich keine Pflichtveranstaltung. Er nahm sich viel Zeit und wich keiner Frage aus.

Manfred Börner berichtete über landes- und bundesweite GdP-Themen, beschrieb die angespannte Personalsituation in der Landespolizei, berichtete aber auch über die besorgniserregende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizistinnen und Polizisten.

Für die kommende Besoldungs- und Versorgungsanpassung (Tarifrunde 2015/2016) mahnte Frank Poster ernsthaft an, dass Senioren nicht wieder die „Verlierer“ sein dürften. Solidarität muss in einer Gewerkschaft nur so verstanden werden, dass alle für alle da sind und notfalls auch kämpfen. Frank Poster berichtete aus der Gewerkschaftsarbeit auf Bundes- und Landesebene der GdP und des DGB, z. B. über die Zusammensetzung des neuen Bundesseniorenvorstandes und den Initiativen aus der letzten Bundesseniorenkonferenz im März 2014 in Potsdam. Der Tagesordnungspunkt „Im Dschungel des Gesundheitswesens“ machte neugierig zum Thema Patientenrechte. Der Patientenombudsmann Andreas Eilers, einer von vieren im Lande, berichtete beeindruckend über diese Problematik. Im nächsten Seniorenbrief gibt es



Auch körperlich betätigten sich die Teilnehmer des Seniorenseminars.

Einzelheiten. Wer jetzt schon interessiert ist, schaut auf diese Internetseite www.patienten-ombudsmann.de.

„Gewalt in der Pflege“ haben wir ein weiteres Thema genannt. Herr Martin Hamburg von der AWO Schleswig-Holstein beleuchtete diese Materie von vielen Seiten. Interessant, aber auch traurig, waren Erkenntnisse im Umgang mit Demenzkranken. Auch darüber gibt es weitere Informationen im nächsten Seniorenbrief. Oberstleutnant a. D. Dieter Windeler entführte uns mit einem kurzweiligen Lichtbildervortrag in die Ferne. „Notizen aus einer fremden Welt“ hatte er sein Thema beschrieben und berichtete von seinem Projekt der Minenräumung im Jemen. Ein fesselndes Thema.

Zu den umfassenden Seminarinhalten gehört grundsätzlich ein externer, landeskundlicher Seminaranteil: Am Nachmittag des zweiten Tages stand bisher ein Bus der PD AFB für den Transfer zur Verfügung. Den Kolleginnen und Kollegen der PD AFB, an der Spitze der Behördenleitung waren wir immer dankbar für den unbürokratischen Bustransfer „ihrer Ehemaligen“. Das ist leider aus rechtlichen Gründen nicht (mehr) möglich. Damit geht sicher eine weitere Bindung der Senioren zu „ihrer Polizei“ verloren. Ein herrlicher Tag klang dann dennoch nach privat organisierten Fahrten, z. B. ins „Sealife“ Timmendorfer Strand, als Grillabend harmonisch aus. Dazu war der gut bekannte Werner Japp mit „Pütt un

Pann“ aus der Eutiner Polizeikantine angereist.

Der Geschäftsführer des Sozialwerks der GdP, Michael Rohde, war i. V. für unseren Kalle Rehr zu Gast. Er stellte die Leistungen des Sozialwerks vor. Insbesondere beschrieben Michael Rhode und Frank Poster die zehntägige Seniorenreise 2015 nach Griechenland. Vom 13. bis 22. Mai 2015 heißt es „Von der Akropolis bis zum Olymp ...“ Zum siebten Mal unternahmen GdP-Senioren aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein eine Erlebnisreise.

Vor 100 Jahren brach der 1. Weltkrieg aus. Dr. Hauke Petersen, Leiter der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, blickte mit uns zurück, interpretierte Gedenkstätten und ließ vor dem Hintergrund der Dolchstoßlegende den Gedanken freien Lauf.

Schon traditionsgemäß gab der Seminar Teilnehmer Dieter Grill aus der Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen Gesundheits- und Fitnesstipps für den Alltag. Er sorgte für Entspannung und stellte täglich eine leichte, daher effiziente, gymnastische Übung vor. Die „Wadenpumpe“ ist immer noch nicht vergessen. Auch in diesem Jahr haben die Referenten mitgemacht.

An dieser Stelle kann durchweg wieder ein dickes Lob an die vielen fleißigen Hände und an die Verwaltung der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte gerichtet werden. Danke sehr!!!

Frank Poster



„Wer, wenn nicht wir?“ ...

auf diesen Slogan hat sich die AG Personalratswahlen auf ihrer 3. Sitzung Anfang November festgelegt. Somit sprachen sie sich für den Slogan aus, der bereits für die aus GdP-Sicht erfolgreichen Wahlen zu den örtlichen Personalvertretungen der PD Flensburg und Neumünster galt. Authentizität, Kontinuität und Verlässlichkeit zeichnen aus Sicht der AG auch die Arbeit der GdP-Personalvertreter aus.

Die AG bedankt sich für die Rückmeldung aus der Mitgliedschaft und konnte Holger „Holle“ Hasche als glücklichen Gewinner eines Wochenendaufenthaltes für zwei Personen im Berliner ABACUS Tierpark Hotel ausmachen. Die Frauengruppe, die sich im Rahmen einer Sitzung als Gruppe mit Vorschlägen beteiligt hatte, erhält je Teilnehmerin einen 10-Euro-Gutschein für den OSG-Werbe-



Holger Hasche Foto: Gründemann

mittelkatalog. Wie geht es weiter? Die Behörden und Ämter der Landespolizei, die Anstalten der Justiz und die

GMSH werden zeitnah Wahlvorstände bestellen. Wir als GdP werden in Kooperation mit Horst Winter den Wahlvorständen Schulungen anbieten, damit die Kolleginnen und Kollegen rechtssicher ihre Arbeit aufnehmen können. Der Landesvorstand wird auf einer Sondersitzung am 20. Januar 2015 die Kandidatenliste für die Wahl zum Hauptpersonalrat der Polizei festlegen. Die Regionalgruppen werden in ihren Bereichen Kandidatinnen und Kandidaten ausmachen. Bei Bedarf werden wir auch für an Personalratsarbeit interessierte, aber vielleicht noch unsichere Kolleginnen und Kollegen ein Seminar auflegen, das erreichen soll, die vorhandene Unsicherheit zu nehmen.

„Wer, wenn nicht wir!“

**Andreas Kropius,
AG Personalratswahlen**

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

**AFB und Lübeck-Ostholstein
Senioren-Adventskaffee am Montag,
1. Dezember 2014, 15 Uhr,** PD AFB, Polizeikasino, Hubertushöhe. Persönliche Einladung folgt noch.

**Kiel-Plön
Skat- und Knobelabend am Donnerstag,
11. Dezember 2014, 18 Uhr,** Restaurant AM POSTHORN, Eckernförder Straße 217, 24119 Kiel, Telefon 04 31/54 23 52. Es besteht die Möglichkeit, ab 18 Uhr im Restaurant Abendessen einzunehmen. Die Spiele starten gegen 19 Uhr. Einsatz für GdP-Mitglieder 5 Euro, Nichtmitglieder 7 Euro. Meldungen bitte an den Kollegen Michael Tietgen, PBR Kiel, Tel. 1 60/15 03, E-Mail: Michael.Tietgen@polizei.landsh.de oder Michael (Ede) Strauß, 1. PR Kiel, Tel. 1 60/11 28, E-Mail: Michael.Strauss@polizei.landsh.de

Seniorenkaffee am Montag, 1. Dezember 2014 15 Uhr, in der Gaststätte Schützenhaus, Kopperpähler Teich 9, 24118 Kiel.

**Lübeck-Ostholstein
Senioren-Adventskaffee am Donnerstag,
4. Dezember 2014, 15 Uhr,** in der Handwerkskammer Lübeck, Breite

Straße 10/12, Großer Remter. Anmeldungen bitte an Jörn Löwenstrom, Tel. 04 51/1 31 20 70, oder an Günter Bade, Tel. 04 51/4 81 22 63.

**Nordfriesland
Adventskaffee für Seniorinnen und
Senioren am Mittwoch, 10. Dezember
2014, 14.30 Uhr,** in der Gaststätte CARS-TENS, Hauptstraße 28, Horstedt, Tel. 0 48 46/15 51. Frank Poster wird über die Landesseniorenarbeit im GLV informieren sowie Stefan Lukas über Aktuelles in der Regionalgruppe berichten. Klönschnack soll nicht zu kurz kommen. Nach Kaffee und Kuchen mit vorweihnachtlicher Überraschung wird zum begehrten Verspielen (Lotto) übergegangen. Partner/-innen sind herzlich willkommen. Anmeldungen bitte an Horst Wendorff, Tel. 0 48 41/7 51 44 oder 01 5/74 17 49 22, E-Mail: Horst.Wendorff@gmail.com, oder Stefan Lukas, Tel. 0 48 81/9 38 82 75, E-Mail: Stefan.Lukas@polizei.landsh.de

**Schleswig-Holstein Mitte
Bereich Neumünster
– Seniorengruppe –
Advents-Kaffee am Mittwoch, 3. Dezember 2014, 14.30 Uhr,** im Restaurant Friesenstube, (im Haus Hog'n Dor),

Klaus-Groth-Straße 37, Neumünster. Anmeldungen bitte unbedingt bis 1. Dezember 2014 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21/2 25 16.

**Traditionelle Adventsfeier, insbesondere für Seniorinnen und Senioren und Hinterbliebene am Donnerstag,
4. Dezember 2014,** im Schützenheim am Kanal, Itzehoer Chaussee 2, Westerröfeld. Anmeldungen bitte an Peter Petersen, Tel. 0 43 51/4 44 09, oder Torssten Jäger, Tel. 04 31/9 88 30 38.

Adventskaffee der Tarifbeschäftigten am Dienstag, 9. Dezember 2014, 15 Uhr, Alte Kantine der Polizeidirektion Neumünster, Alemannenstraße 14–18, 24539 Neumünster. Die Rentner tun es, die Junge Gruppe tut es, warum also nicht auch wir ... Lasst uns in der Weihnachtszeit gemütlich zusammensitzen und nette Gespräche führen. Außerdem stehen die Tarifverhandlungen 2015 an. Die ersten Gespräche haben bis dahin stattgefunden. Von einer Infoveranstaltung der VBL werde ich berichten können, und die Hauptpersonalratswahlen stehen im nächsten Jahr an. Ich freue mich auf euch.

Martina Vogt

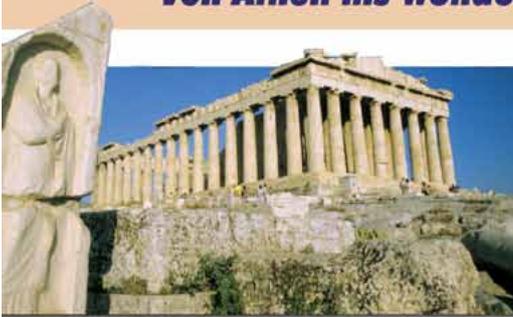




Von Athen ins wunderbare Nordgriechenland

GdP Seniorenreise

Gemeinsam mehr erleben ...



10 Tage vom 13. bis 22. Mai 2015 – Flug ab Hamburg oder Hannover

Leistungen, die überzeugen:

- Zug zum Flug in der 2. Klasse
- Flüge mit renommierten Fluggesellschaften ab Hamburg und Hannover nach Athen und von Thessaloniki zurück in der Economy Class (Umsteigeverbindungen)
- Luftverkehrsabgabe, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren, aktueller Kerosinzuschlag (Stand: 09/14)
- Transfers, Ausflüge/Besichtigungen in bequemen, landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage
- 9 Hotelübernachtungen in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- 9 x Frühstück, 9 x Abendessen im Hotel (ohne Getränke)
- Umfangreiches Besichtigungsprogramm gemäß Reiseverlauf inkl. Eintrittsgelder
- Ganztagesausflug Pella und Kerini See am Tag 8 nur 49,- Euro
- örtliche, deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseliteratur

Information und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

psw-tours.de



ab **1.169,00**

p.P. DZ - Einzelzimmerzuschlag 170,-

Veranstalter: Gebeco GmbH, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel

Weitere Informationen und Angebote im Internet unter www.psw-tours.de Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen pro Abflughafen

Zeit zu Zweit - Wellness & Entspannung gemeinsam genießen

bereits ab 100 € p.P.

Jetzt die besten Plätze sichern!

Rügen

„Bernstein-Romantik“ im Hotel Bernstein**** in Sellin Neckermann Care, Seite 63, Anreise z.B. vom 2.1.-24.06.2015 oder 07.09. bis 29.11.2015 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer oder Appartement inkl. Frühstück
- 1 x Candlelight-Dinner
- 1 x gemeinsames Original Rügener Dreikronen Heilkräuterschlammbad in der Bernsteinrotte (ca. 45 min)

ab **183 € p.P.**

Lüneburger Heide

„Vitaltage“ Best Western Premier Castanea Resort Hotel**** in Adendorf

TUI Wellness, Seite 134, Anreise täglich vom 02.01. - 29.10.2015 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inkl. Frühstück
- 1 x Osmanisches Rasul (ca. 45 Min.) oder Babor Bodypack im Thermo Spa Concerto (ca. 45 Min.)

ab **159 € p.P.**

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

Ostsee

Schleswig-Holstein

A-JA GRÖMITZ DAS RESORT.

- 2 x Übernachtungen im Doppelzimmer, Frühstück, eigene Anreise, Holiday Bonuscard

- 1 x Blaues Wunder Ganzkörpermassage (ca. 50 Min.), p.P. 52,- €

z.B. am 04.01.2015 ab

100 € p.P.

Harz

„Relax Tage“ im Relaxa Hotel Harz-Wald**** in Braunlage Neckermann Reisen, Care, Seite 101, Anreise Sonntag bis Freitag 01.12. - 19.12.2014, 04.01. - 31.03., 06.04. - 12.05. und 25.05. - 27.11.2015

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inkl. Frühstück
- 1 x Cleopatrabad pro Person (ca. 20 Min.)

ab **130 € p.P.**

psw-tours.de



PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

Weitere Angebote in unseren Reisebüros oder unter psw-tours.de

Lassen Sie sich beraten!

Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten



Und was sonst noch so war ...

14. Oktober

Im Posteingang befindet sich heute ein Schreiben einer Kollegin. In einem sehr persönlich gehaltenen Stil beschreibt die Polizeibeamtin die Situation, die sie als pflegende Angehörige und ihrem beruflichen Alltag erlebt. In einer besonderen Falldarstellung hatte sie Sonderurlaub für drei Werktage beantragt. § 13 Abs. 3 der Sonderurlaubsverordnung gibt hier Vorgesetzten die Möglichkeit, für diese Dauer aus wichtigen persönlichen Gründen diesen Urlaub zu gewähren. Der Urlaubsantrag wurde abgelehnt. Zum Schluss schreibt die Beamtin: „Im Umgang mit zu pflegenden Angehörigen verhält es sich ähnlich wie bei der Betreuung bei Kindern: Fällt eine Person in der Kette aus, muss sofort umorganisiert werden.“ In einer Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes beraten wir diesen Fall. Fast zeitgleich liegt der Referentenentwurf von Vereinbarkeit

von Familie und Pflege der Bundesregierung vor. Würde er Geltung besitzen, wären viele Probleme der Antragstellerin erledigt. Unsere Befürchtung ist jedoch, dass dieser Entwurf für Arbeitnehmer anwendbar sein wird, aber nicht oder nur mit größten Schwierigkeiten für Beamtinnen und Beamte. Mit unserem GdP-Mitglied vereinbaren wir einen anderen Weg, um auf diese Problematik aufmerksam zu machen.

4. November

Hartmut Schmidt, Mitglied der Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte, macht uns gegenüber auf ein Problem aufmerksam. Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 war u. a. die Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld von 27 auf 25 Jahre herabgesetzt worden. Sollte das Bundesverfassungsgericht die Absenkung der Altersgrenze für verfassungswidrig erklären, hätte diese Entscheidung neben Auswirkungen auf Kindergeld auch Auswirkungen auf die Gewährung des Familienzuschlags, da der besoldungsrechtliche Familienzuschlag grundsätzlich vom Kindergeldbezug abhängig ist. Mit unserem Vertragsanwalt Jan Gülden-zoph vereinbaren wir einen Vordruck, der die individuellen Ansprüche gegenüber dem Finanzverwaltungsamt im Falle einer positiven Entscheidung sichern soll. Allerdings ist auch gegen den Steuerbescheid Einspruch einzulegen mit Hinweis auf das laufende Verfahren. Alles Nähere auf www.gdp-sh.de

5. November

In Büsum wird heute mit der „Helgoland“ das letzte Boot des vor neun Jahren angelaufenen Neubauprogramms zum WSP-Bootspark in den Dienst gestellt. Der Neubau entstand auf der Fassmer-Werft in Niedersachsen. Rund 7,4 Mio. € wurden durch das Land für die „Helgoland“ aufgewendet. Es ist für eine sechsköpfige Besatzung konzipiert und soll in Büsum seinen Heimathafen haben. Mit 34 m Länge und einer Geschwindigkeit von 25 Knoten ist die Zuständigkeit für das Seegebiet von der dänischen Grenze über Helgoland bis zur Elbmündung gegeben.

11. November

Der Innenminister meldet sich heute mit einer Medieninformation zu Wort. Es geht um die Erschwerniszulage. Sie soll ab 2015 erhöht werden. Seit 1995 war die Zulage, die für Nacht- und Wochenenddienste gezahlt wird, nicht angehoben worden. Von jetzt 2,50 € soll sie ab Neujahr 3,15 € betragen. Dr. Ekkehard Klug, Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion: „Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass das Innenministerium nach fast 20 Jahren die Notwendigkeit erkannt hat, die Erschwerniszulage für die Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein zu erhöhen. Dennoch ist festzuhalten, dass die jetzt in Aussicht gestellte Erhöhung in Höhe von 1. Mio. € nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein kann. Wenn Innenminister Studt jetzt bei der Erschwerniszulage von einer ‚angemessenen Zusatzvergütung‘ spricht, dann klingt das angesichts seiner weiteren Ausführungen wie Hohn. Denn er erklärt selbst, dass die Beiträge für den Dienst zu ungünstigen Zeiten nicht mit den Besoldungserhöhungen gleichermaßen gewachsen‘ seien. Faktisch haben diese sich seit 1995 nicht erhöht. Vor diesem Hintergrund ist die geplante Erhöhung schön, aber noch immer zu wenig.“

12. November

Die Lübecker Nachrichten machen heute mit einer Initiative der CDU-Landtagsfraktion auf. Es geht um einen Antrag der im Dienst zu Schaden gekommenen Polizeibeamten. Für den Sachschaden ist eine Regelung vorgesehen, nicht aber dafür, wenn sie zu körperlichem Schaden kommen, gerichtlicherseits ein Schmerzensgeld zugesprochen erhalten, der Antragsgegner aber kein Geld hat. Kein Einzelfall in Schleswig-Holstein, wie wir recherchieren. Deshalb ist die Initiative gut und richtig. Wir unterstützen sie. Allein bei uns liegen mehr als 50 Schmerzensgeldansprüche von knapp 40 000 €, die Polizisten mit GdP-Rechtsschutz vor Gericht erstritten, aber nie erhalten haben. 2013 gab es in Schleswig-Holstein 1188 gewalttätige Angriffe gegen 2234 Beamte. Das sind durchschnittlich drei Angriffe pro Tag.

